

Pressemitteilung zu den Ergebnissen der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

- *Bekennnis zum Föderalismus und Stärkung der Länderinteressen*
- *Mehr Beteiligung auf europäischer Ebene*
- *Ausbau und Verbesserung der Jugendbildungsangebote*

Wiesbaden - Heute berichtete der Präsident des Hessischen Landtags, Norbert Kartmann, als Vorsitzender der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates mit seiner Nachfolgerin aus Brandenburg, Landtagspräsidentin Britta Stark, über den Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz, die vom 5. bis 7. Juni 2016 in Wiesbaden getagt hat.

Im Rahmen der Konferenz wurde eine Erklärung mit dem Titel „70 Jahre Landesverfassungen – 70 Jahre Bekenntnis zum Föderalismus“ verabschiedet (siehe Anlage). Die Landtagspräsidentinnen und -präsidenten würdigten die Bedeutung des Föderalismus in der Vergangenheit nach Ende des Zweiten Weltkrieges als Instrument der Demokratisierung und für die Entwicklung Deutschlands bis heute. Auch die neuen Bundesländer hätten sich nach der friedlichen Wiedervereinigung im Bewusstsein um diese Entwicklung dem föderalen System der Bundesrepublik Deutschland angeschlossen.

„Diese Erklärung ist ein Bekenntnis zum Föderalismus. Er war und ist eine wichtige Errungenschaft für die Entwicklung der Demokratie und hat sich bewährt. Auch in Zukunft werden wir die Länderinteressen weiter mit einer starken Stimme vertreten“, resümierte Kartmann die Beratungen.

Auch das Thema Europa wurde intensiv beraten. Neben einer deutlichen Zurückweisung in Richtung EU-Kommission hinsichtlich der Ausweitung des EU-Transparenzregisters auf Landtage wurde ein Grundsatzbekenntnis zu Europa abgegeben.

Im Falle der Registrierungspflicht würden die Landesparlamente mit Lobbyvertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft gleichgesetzt. „Das EU-Transparenzregister entspricht nicht dem Verfassungsrang der Landesparlamente und wir werden eine Gleichstellung mit Lobbyisten nicht akzeptieren“, machte der hessische Landtagspräsident deutlich. Die Konferenz hat hierzu beschlossen, eine ausführliche Stellungnahme an die Europäische Kommission abzugeben.

Hinsichtlich der europäischen Grundsatzerklärung hielt Landtagspräsident Kartmann fest: „Wir haben unser europäisches Bekenntnis bekräftigt, aber ebenso nehmen wir die wachsende Skepsis der Bevölkerung wahr. Verlorenes Vertrauen muss wiedergewonnen werden. Europa muss wieder als Verantwortungsgemeinschaft empfunden werden. Als

Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten haben wir Maßnahmen zur verstärkten Einbindung der Landesparlamente beschlossen und uns als Ansprechpartner für die EU-Kommission angeboten.“

Zudem tauschten sich die Präsidentinnen und Präsidenten über die Bildungsangebote der Landtage für Jugendliche aus. Dazu wurde ein Reader von 75 Best Practice Modellen der Jugendprojekte aus allen Länderparlamenten in Deutschland, Österreich und Südtirol erstellt.

„Auch wir als Parlamente haben einen Bildungsauftrag. Aus diesem Grund haben wir einen pädagogischen Baukasten mit unterschiedlichen Instrumenten und Projekten der politischen Bildung zusammengetragen, die wir alle unabhängig voneinander entwickelt haben. Unser Ziel ist es, die verschiedenen Angebote zu verbessern und einen Austausch von erfolgreichen Projekten zwischen den Länderparlamenten zu ermöglichen sowie in Zukunft auch gemeinsam welche zu entwickeln“, so Kartmann zu den Beratungen.

Die Ergebnisse werden nach dem Beschluss in einer gemeinsamen Datenbank für Jugendprojekte (Bildungscloud) eingestellt, um die Parlamente bei der Bildungsarbeit miteinander zu vernetzen und den Austausch zu fördern. Bei den nächsten Konferenzen wird dieser Austausch weiter intensiviert und die Angebote sollen ausgebaut und verbessert werden.

Zum Abschluss übergab Landtagspräsident Kartmann einen Staffelstab an seine brandenburgische Kollegin, Landtagspräsidentin Britta Stark, die den Vorsitz der nächsten Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates übernehmen wird. Die Themen Europa und Jugendbildung sollen auch bei der Konferenz in Brandenburg als Schwerpunkte weiter verfolgt werden.

Information:

Die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates (Kurzform: Landtagspräsidentenkonferenz, Abk. LPK) ist ein regelmäßig und kontinuierlich zusammentretendes Konferenzgremium zur Koordinierung der Interessen der deutschen Landesparlamente. Auf den Tagungen werden insbesondere Fragen der internen und externen Parlamentspraxis der Landesparlamente, deren Arbeit, Stellung und Aufgaben sowie Fragen des Föderalismus, des Parlaments- und des Abgeordnetenrechts erörtert. Zunehmend werden gemeinsame Standpunkte zu den verschiedensten Fragen in Form von Entschließungen, Empfehlungen und Erklarungen formuliert.